

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Erscheint
wöchentlich zweimal u. zwar Dienstags
und Freitags. — Abonnementspreis
vierteljährlich 1 M., durch die Post
bezogen 1 M. 25 Pf. — Einzelne
Nummern 10 Pf.

Inserate
werden Montags und Donnerstags
bis Mittags 12 Uhr angenommen.
Insertionspreis
10 Pf. pro dreispaltene
Corpuszeile.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meißen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff,
sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

No. 10.

Dienstag, den 2. Februar

1892.

Er la ß

an die Ortsbehörden, das Ziehfinderwesen betreffend.

Der zufolge früherer Bekanntmachungen nach Ablauf jeden Jahres bis Mitte Januar einzureichenden Uebersicht der vorhandenen Ziehfinder beziehentlich einem Zehlschein wird, soweit solche noch nicht vorliegt, zu Vermeidung von Ordnungsstrafen nunmehr binnen 4 Tagen entgegen gesehen.
Meißen, am 27. Januar 1892.

Königliche Amtshauptmannschaft.
v. Kirchbach.

Bekanntmachung,

Die in Gemäßheit von Art. 11 § 6 der Allerhöchsten Verordnung vom 21. Juni 1887 — Reichsgesetzblatt S. 245 fgd. — nach dem Durchschnitte der höchsten Tagespreise des Hauptmarktes Meißen im Monate December vor. Jz. festgesetzte und um fünf vom Hundert erhöhte Vergütung für die von den Gemeinden resp. Quartierwirthen innerhalb der Amtshauptmannschaft im Monate Januar d. Jz. an Militär-Pferde zur Verabreichung gelangte **Marschfouage** beträgt

8 Mark 32 Pf. für 50 Kilo Hafer,
3 " 43, " " 50 " Heu,
2 " 17, " " 50 " Stroh.

Meißen, am 29. Januar 1892.

Die Königliche Amtshauptmannschaft.
v. Kirchbach.

Donnerstag, den 4. ds. Mts., Nachmittags 6 Uhr,
öffentliche Stadtgemeinderathssitzung.

Wilsdruff, am 1. Februar 1892.

Der Stadtgemeinderath.
Flecker, Brgmstr.

G u t s v e r k a u f.

Das in **Kaufbach** bei **Wilsdruff** gelegene, unter Nr. 30 des dasigen Brandkatasters eingetragene, 68 Acker 14 □ Ruthen große, mit 1441,68 Steuereinheiten belegte **Kost'sche Drittehalbhufigut**, dessen in gutem Zustande befindliche Gebäude mit 32,168 Mark in der Landesbrandkasse versichert sind, soll sofort freihändig durch mich verkauft werden.
Dresden, am 25. Januar 1892.

Rechtsanwalt **Gustav Müller**,
Waisenhausstraße 17, II.

Viehversteigerung.

Mittwoch, den 3. Februar d. J., Nachmittags 2 Uhr,

gelangen in **Kaufbach** im **Kost'schen Gute** 6 Stück einjähriges Jungvieh darunter 2 Ochsen, 1 zweijähriger Bulle, 5 Schweine, 1 Zuchtsau, 2 Ferkel, sowie 2 fast dreijährige Hühner (Meraner bez. Sächsisches Geflügel) durch mich meistbietend gegen Baarzahlung zur Versteigerung.
Dresden, am 28. Januar 1892.

Der Konkursverwalter.
Rechtsanwalt **Gustav Müller**.

Tagesgeschichte.

Es ist eine außerordentliche Uebertreibung, wenn verschiedentlich gemeldet wird, daß sich das preussische Ministerium in voller Auflösung befinde. Im Gegentheil sind die entstandenen Schwierigkeiten vorläufig beigelegt. Um zu einer objektiven Erkenntnis des Thatbestandes zu kommen, ist vor allem großes Mißtrauen gegen die mancherlei Angaben erforderlich, die lediglich parteipolitischen Wünschen entsprungen sind. Dahin gehört beispielsweise die Behauptung, daß das Ministerium vor der Wahl scheide, entweder den Finanzminister Miquel aus dem Amte scheiden zu sehen oder das Volksschulgesetz fallen zu lassen. An Hr. Miquel kann allerdings die Alternative zwischen einem Bruche mit seinen früheren Parteigenossen und dem Scheiden aus dem Amte beantragen, aber das Staatsministerium ist so lange es Anspruch auf festen Cours macht, gar nicht in der Lage, an einen freiwilligen Rückzug in Sachen des Volksschulgesetzes zu denken. Ungefähr dieselbe Tendenz verleiht die weitere Angabe, daß sich bei Gelegenheit des neuen Besuches des Kaisers beim Grafen Jellich das Blatt zu Gunsten der Ansicht gewandt habe, daß gegen denentschlossenen Widerstand der liberalen Kreise der Entwurf nicht Gesetz werden dürfe. An jenem Abend sind allerdings die Bedenken gegen das Gesetz eingehend besprochen worden; man versichert aber, daß dabei in den wesentlichen Punkten die Anschauung des Grafen Jellich nicht unterlegen sei. Eine geschlossene Ablehnung des Gesetzes durch die Nationalliberalen ist unerwünscht, auch von konservativen Standpunkte aus, und zwar sowohl in Bezug auf die Sache wie in Bezug auf die Person des Finanzministers Miquel. Die konservative Fraktion bekundet kein Interesse daran, etwa den Finanzminister zu stürzen, und selbst das Centrum könnte in dieser Hinsicht nichts dagegen einzuwenden haben, wenn sich die Zustimmung wenigstens eines Theiles der Liberalen gewinnen ließe. Aber niemand verhehlt sich, wie schwierig dies bei der außerordentlichen Erregung der Liberalen gegen die von der Mehrheit des Abgeordnetenhauses gutgeheißenen Grundlagen des Entwurfs ist. Andererseits würde es zu den großen Seltsamkeiten in der politischen Geschichte gehören, wenn

eine Regierung ein Gesetz nicht veröffentlichen wollte, das sie selbst vorgelegt und dem die Mehrheit der Kammern zugestimmt hat.

Es giebt keine Rettung mehr für das Kleingewerbe, den Kleingrundbesitz, überhaupt für den Kleinbetrieb! so schreibt der „Vorwärts“. Welche Mittel sollten denn auch helfen? fragt er weiter. Die Zünfte hätten in den zwölf Jahren, die sie bestehen, nichts gewirkt, ebenso die Getreidezölle, und so bliebe dem Mittelstande nichts weiter übrig, als sich in das Unabhängliche zu fügen und auf die Sozialdemokraten zu hoffen, die durch Sozialisierung der Produktionsmittel allein helfen könne. Damit aber warte den Handwerker, Bauern, Kleinhändler erst recht nicht geholfen; denn für sie handelt es sich gegenwärtig gerade um die Wahrung ihrer Selbstständigkeit, die sie im Sozialistenstaate von vornherein opfern müßten. Wollen die oben erwähnten Berufsclassen unselbständige „Arbeiter“ werden, so könnten sie dies heute schon haben und brauchen auf den Sozialistenstaat nicht erst zu warten; aber gerade das muß verhindert werden und zwar mit allen Kräften und ohne Zaudern. — Es ist wahr, daß die „freien“ Zünfte bis jetzt nichts geholfen haben. Was sollten sie auch helfen? Bis jetzt stellen diese völlig unzulänglichen Gebilde lediglich einige Vereine mehr dar in unserem an Vereinen so überreichen Vaterlande. Aus diesem Grunde wünschen wir für die Handwerker obligatorischen Zusammenschluß und Schutz gegen den aufsaugenden Großhandel, wie wir auch für den Kleinhandel diesen Zusammenschluß in Gilden und den gleichen Schutz wünschen. In früheren Zeiten waren es die Städte, unter deren Oberaufsicht Zünfte und Gilden blühten, heute muß der Gesamtstaat diese Blüthe wieder herbeizuführen suchen. Die Getreidezölle haben — das ist auch richtig — bis jetzt nicht so gut gewirkt, wie sie hätten wirken können und wie sie, wie wir hoffen wollen, trotz der Reduzierung durch die Handelsverträge noch wirken werden. Das ist aber kein Beweis gegen den Nutzen des Schutzzolles an sich, sondern nur ein Beweis dafür, daß ein anderes Moment sich dieser guten Wirkung

entgegenstellt hat und diese hindernde Gewalt ist auch hier wieder der Großhandel, der Großhandel und die Börse, und diesen aufsaugenden Elementen entgegenzutreten, ist ebenfalls Sache des Gesamtstaates. Ist aber die Allmacht der Börse besetzt und die Preisbestimmung für die Getreide- und Industrieerzeugnisse wieder in die Hände der Produzenten gelegt, dann werden auch die Schutzzölle ihre volle Wirksamkeit zum Segen des gesammten schaffenden Staatsbürger ausüben. Will also die Sozialdemokratie den an ihrer Rettung verzweifelnden Mittelstande dadurch an ihre Fahnen fesseln, daß sie jede Möglichkeit der Rettung — außer durch den Sozialistenstaat — leugnet, dann ist dies Bauernfängerei, und zwar recht durchsichtige Bauernfängerei. Die Möglichkeit, den Mittelstand zu retten, ist ohne jeden Zweifel vorhanden; an dem Willen, dies zu thun, ist ebenfalls nicht zu zweifeln. Das Rettungswerk aber wird um so schwieriger, je länger man zaudert; darum betonen wir immer wieder: es ist hohe Zeit, mit diesem Rettungswerk zu beginnen.

Im September vorigen Jahres unternahm eine „Bande“ von Sozialdemokraten einen „Aufklärungszug“ nach Buer in Westphalen. Es galt, königstreue Kriegervereinsmitglieder in der Feier des Kriegesfestes zu überfallen und zu stören. Der Plan stand fest, der Ueberfall gelang; ein Kriegervereinsmitglied wurde ermordet, mehreren anderen wurden schwere Wunden beigebracht. Als damals über diese Affaire mit Entschiedenheit heraufzutreten, indem sie behauptete, die Uebelthäter gingen die sozialdemokratische Partei nichts an. Nun ist aber durch die Gerichtsverhandlungen festgestellt worden, daß diese — übrigens mit schwerer Strafe bedachten — Leute zielbewusste „Genossen“ gewesen sind, und daß der Ueberfall aus politischen Motiven unter Führung eines sozialdemokratischen Agitators erfolgt ist. Man sieht also, wohin die Klassenverheugung der Sozialdemokraten führt, und daß der Rath, den Umsturzagitatoren, die die Dörfer unsicher machen, energisch und prinzipiell die Thür zu weisen, ein wichtiger war. Der „Vorwärts“ behauptet zwar immer noch trotz aller entgegenstehenden